61. Jahrgang No. 57

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Dienstag, 4. Februar 1913

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg u. Sachsen 20 Pf. wöchentlich bzw. 85 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährlich M. 2.70. Insertionspreis für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 5 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10131-10148. Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin W.

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-6, Frankfurter Allee 61-63, Grosse Frankfurter Str. 31, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 4, Schulzendorfer Str. 27, Badstr. 56, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 45, Hannover Str. 5, Potsdamer Strasse 33, Leipziger Str. 103, Blücherstr. 69; Charlottenburg: Tauentzienstr. 7, Kantstr. 54, Scharrenstr. 39; Friedenau: Rheinstr. 39; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Mariendorf: Prankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-2; Neukölln: Berliner Strasse 41; Pankow: Borsholmer Strasse 1; Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 6; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 66, Tempelhofer Str. 104a; Weissensee: Berliner Allee 38; Wilmersdorf: Uhlandstr. 98-99; Brandenburg: Steinstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 5; Potsdam: Brandenburger Str. 33; Spandau: Breite Str. 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Ein ostelbisches Kulturbild.

20,4 Prozent Sand im Futter.

Einen interessanten Einblick in das Treiben einer ostelbischen landwirtschaftlichen Genossenschaft gestattet ein Artikel, den wir in der in Lyck erscheinenden „Masurischen Zeitung" vom 26. Januar d. J. finden. Unter der Ueberschrift „Die masurische landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaft" entrollt Dr. Hans Röhr dort ein Kulturbild, das der Leser mit gelindem Erstaunen an seinem Auge vorüberziehen sieht. Da werden Dinge aus der agrarisch-völkischen Geschäftspraxis bekannt, die die beteiligten Kreise seit einer Reihe von Jahren beschäftigen, die aber ein wohlwollendes Dunkel bisher vor einer breiteren Oeffentlichkeit schützend bewahrt hat. Man wird dabei angenehm an das Schalten und Walten unserer ostelbischen Größen erinnert, wie es der Neustettiner Genossenschaftsprozeß vor sechs Jahren der staunenden Mitwelt enthüllte.

Die masurische landwirtschaftliche Betriebsgenossenschaft hat ihren Sitz in Johannisburg in Ostpreußen. Sie ist eine von den zahlreichen agrarischen Gründungen, mit denen das organisierte Ostelbiertum, das vor Mittelstandsfreundlichkeit überfließt, den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand auf dem platten Lande erfolgreich auszurotten und das Aufkommen einer Mittelschicht zwischen dem Großgrundbesitz und dem besitzlosen Proletariat zu verhindern bemüht ist. Diese masurische Genossenschaft ist vor einigen Jahren von dem dortigen Landrat ins Leben gerufen, um die Landwirte gegen Unredlichkeiten im Handel mit Getreide, Futtermitteln und künstlichen Düngemitteln zu schützen.

Wie es in dem Artikel von Dr. Röhr heißt, wird diese Betriebsgenossenschaft heute bei amtlichen Besichtigungen gerne als eine gelungene Schöpfung des Kreises vorgeführt. Sie steht ihrem Umfange nach an zweiter Stelle unter den gleichartigen Genossenschaften der Provinz, ihr Kundenkreis dehnt sich weit über die Zahl der eigentlichen Genossen aus, und durch eine Reihe von Filialen greift sie auf benachbarte Kreise über und gestaltet sich im südlichen Masuren zu einer wirtschaftlichen Großmacht aus.

Ueber diese Genossenschaft, die die Landwirte gegen Unredlichkeiten schützen sollte, schreibt nun Dr. Hans Röhr in dem Artikel:

„Gegen die Leitung dieser Genossenschaft waren mir im Laufe der letzten Jahre

mancherlei Klagen

zu Ohren gekommen; im eigenen Geschäftsverkehr mit ihr machte ich böse Erfahrungen, und der ungünstige Eindruck verstärkte sich, als gegen Ende 1911 der landwirtschaftliche Wanderlehrer in Johannisburg, Herr Kerschowski, in einem Rundschreiben an die landwirtschaftlichen Vereine Angriffe gegen die Genossenschaft erhob. Die Aufsichtsorgane der Genossenschaft untersuchten damals die vorgebrachten Beschwerden und sprachen das dadurch belastete Vorstandsmitglied, den Geschäftsführer Herrn **Micklen**, von aller Schuld frei. Gegen Herrn Micklen wurde in jener Zeit auch von dritter Seite Anzeige erstattet, nach etwa einjähriger Untersuchung wurde das Strafverfahren eingestellt. (!)

Aus dem den Beschuldigungen zugrunde liegenden Sachverhalte sei folgendes mitgeteilt: Die Genossenschaft hat, wie in dem Untersuchungsprotokolle ihrer Aufsichtsorgane gesagt ist, im April 1911 von einem russischen Händler einen bedeutenden Posten Leinkuchen (243 Zentner) bezogen, der laut Analyse

20,4 Prozent Sand

enthielt, also derart verfälscht war, daß seine Verfütterung unbedingt nachteilige Folgen für die Gesundheit des Viehs nach sich ziehen mußte. Trotzdem wurde der russische Leinkuchen von der Genossenschaft behalten und im Inlande **weiter vertrieben.** Das Untersuchungsprotokoll der Genossenschaft spricht selbst die Vermutung aus, daß ein Teil des Leinkuchens im eigenen Kleinhandel — und zwar ohne Angabe des Minderwerts — Verwendung gefunden habe. 100 Zentner sind nach dem Untersuchungsprotokolle an eine Posener Firma verkauft, sie sind in Wirklichkeit, da diese Firma die Abnahme verweigerte, an eine andere Genossenschaft in Masuren gelangt. Der Verkauf des minderwertigen Futters im eigenen Kleinhandel wird auf Versehen zurückgeführt. Auch wenn man der Genossenschaft dies Versehen nicht anrechnen will, bleibt für ihre Leitung der Vorwurf bestehen, daß infolge starker Verfälschung die Gesundheit des Viehs schädigendes Material vom Auslande eingeschleppt, im Lande vertrieben und damit zur Schädigung des heimischen Futtermittelmarktes beigetragen hat.

In einem anderen Falle hatte die Genossenschaft an zwei Kunden je 100 Zentner Gerstschrot, das ist zerkleinerte Gerste, zu normalem Preise von 7 bis 8 Mark pro Zentner verkauft. Eine Untersuchung ergab, daß das Schrot in beiden Fällen

mit Haserspelzen vermischt

war. Die Geschäftsführer hatte einen Posten von 140 Ztr. Haserspelzen gekauft. Das sind der Aufbereitung des Hafers entstammende Abfälle, die einen Futterwert nicht besitzen, auch von keinem Landwirt zum Verfüttern gekauft werden. Den Ankauf von Spelzen verschweigt das Untersuchungsprotokoll der Genossenschaft und spricht an dessen Stelle von kommissionsweiser Uebernahme; der Ankauf ist bei anderer Gelegenheit aber von dem Geschäftsführer schriftlich zugegeben.

Noch ein weiterer Fall sei mitgeteilt. Ein Bauer hatte von der Genossenschaft bezogenes Leinkuchenmehl untersuchen lassen. Die Analyse stellte neben anderen minderwertigeren Futtermitteln einen Sandgehalt von 17,1 Prozent fest. Noch bevor dies Untersuchungsergebnis dem Bauern bekannt war, wurde er gelegentlich einer Versammlung von einem Herrn zur Rede gestellt, der sagte, er habe an demselben Tage mit Herrn Pfarrer Hensel über die Leinkuchensache gesprochen, und der dabei ein von der Genossenschaftsleitung ihm ausgehändigtes Analysenattest vorlegte. In dieser Unterredung stellte der Herr dem Bauern vor, er könne doch manche wirtschaftliche und andere

Nachteile davon haben,

wenn er sich mit den maßgebenden Persönlichkeiten, die an der Spitze der Genossenschaft ständen, schlecht stellen würde. Der Bauer äußerte dann hinterher sein Bedauern, das Futter zur Untersuchung eingeschickt zu haben, er stände wirtschaftlich schwach, habe bei der Genossenschaft Schulden, sei Gemeindevorsteher, das Angehen gegen die großen Herren möchten doch

größere unabhängige Besitzer

auf sich nehmen. Dabei hatte er nur das getan, wozu er in allen landwirtschaftlichen Zeitungen und Vereinen ermahnt wird, zu dessen Beförderung staatliche Mittel gegeben werden, nämlich sein Futter untersuchen lassen."

Der in der bündlerisch-völkischen Moral nicht ganz sattelfeste Leser, der die Dinge von der landesüblichen geschäftlichen Praxis aus betrachtet, wird, so bemerkt das „Berliner Tageblatt", dem wir diese Darlegungen entnehmen, einigermaßen staunen, wie es in dieser „gelungenen Schöpfung" des Kreises Johannisburg, die, wie Dr. Röhr sagt, „durch ihre ständigen Beziehungen zu dem Landrat halbamtlichen Charakter trägt", zugegangen ist, ohne daß die Aufsichtsorgane oder die Gerichte Anlaß finden konnten, gegen den Vorstand dieser Genossenschaft vorzugehen! Hätte sich dergleichen in einer Großstadt, vielleicht in Berlin, ereignet, so hätte die agrarisch-völkische Presse sich in sittlicher Entrüstung über diesen vom Moloch des Mammonismus geschaffenen Morast heiser geschrien. So aber schweigt Herr Oertel in seiner „Deutschen Tageszeitung" sich keusch und zartfühlend über diese Vorgänge aus, die doch für die landwirtschaftlichen Kreise ein ganz erhebliches Interesse haben sollten. Aber das „Angehen gegen die großen Herren" ist eben nicht jedermanns Sache.

Die Angelegenheit ist im übrigen, so sagt das zitierte Blatt zutreffend, nicht ohne politischen Beigeschmack. Der in dem Artikel erwähnte Pfarrer Hensel in Johannisburg ist Vorstandsmitglied dieser Genossenschaft. Herr Pfarrer Hensel hat, wie in dem Artikel mitgeteilt wird, in öffentlichen Versammlungen die Genossenschaft und ihre Geschäftsführer in scharfer Form in Schutz genommen. Derselbe Pfarrer Hensel aber ist für die kommenden Landtagswahlen als konservativer Kandidat in Olesko-Lyck-Johannisburg aufgestellt worden; und der Landrat, — nach dem Preußischen Staatshandbuch heißt er Bollert — unter dessen Schutz die famose Genossenschaft arbeitet, hat sich bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Lyck-Oletzko-Johannisburg im Jahre 1910 durch seine besonders fanatische Agitation gegen die Liberalen ausgezeichnet — allerdings mit dem Erfolge, daß die Nationalliberalen damals den Wahlkreis eroberten. Mit diesem politischen Hintergrund ist das Bild fertig: Die „großen Herren," der Landrat und der Pfarrer, die Stützen der agrarkonservativen Macht, begründen beziehungsweise leiten eine Betriebsgenossenschaft, die eine höchst dunkle Geschäftspraxis übt und wiederholt minderwertige oder gar gefälschte Waren vertreibt. Weder Aufsichtsbehörde noch Staatsanwaltschaft finden Veranlassung, einzuschreiten. Bauern, die so verwegen sind, die gekaufte Ware untersuchen zu lassen, werden bedroht und wirtschaftlich drangsaliert. Ein preußisches Kulturbild aus dem 20. Jahrhundert!

Kurze Chronik.

* Die Vermittlungsversuche im Holzgewerbe sind gestern begonnen worden und werden heute fortgesetzt.

Der neue Botschafter für Rom, Freiherr v. Jenisch ist durch eine Herzaffektion verhindert, schon in dieser Woche seinen neuen Posten zu übernehmen.

Der Betrag für das Mittelschulwesen in Preußen soll im kommenden Etatsjahre eine Erhöhung um 100 000 Mark erfahren.

* Der österreichisch-ungarische Konsul in Prizrend Prohaska ist nach Südamerika versetzt worden.

* Der griechische Ministerpräsident Venizelos ist in Wien eingetroffen.

Zum Präsidenten des finnischen Landtags wurde mit 80 Stimmen der Sozialdemokrat Tokoi gewählt. Der frühere Präsident Svinhufvud erhielt 68 Stimmen.

* Näheres im Text des Blattes.

Die neue Erkrankung des russischen Thronfolgers. Die Berufung des Geheimrats Professors Dr. Enderlein aus Würzburg zur Untersuchung des von neuem erkrankten Großfürst-Thronfolgers Alexej Nikolajewitsch nach Zarskoje Selo ist einem Privattelegramm zufolge auf den Rat der den Thronfolger behandelnden Aerzte und auf ausdrücklichen Wunsch des Zaren erfolgt. Dieser ließ gleichzeitig Professor Enderlein bitten, sich längere Zeit in Zarskoje Selo aufzuhalten, um den Zustand des Patienten zu überwachen. In Begleitung des Geheimrats Enderlein befindet sich sein Assistent Professor Hotz.

Der Wiederausbruch des Krieges.

(Telegraphische Berichte.)

Sofia, 3. Februar.

Wenn die Regierung um 7 Uhr abends nicht davon verständigt ist, daß die Türkei die Kollektivnote der Mächte unverändert annimmt, werden vor Adrianopel unverzüglich die Feindseligkeiten wieder beginnen. Die Häfen Varna und Burgas werden für die Handelsschiffahrt als geschlossen erklärt, da in der Nähe der beiden Häfen schwimmende Minen ausgelegt sind.

Ein bulgarisches Zugeständnis.

London, 3. Februar.

Das Reutersche Bureau ist zu der Erklärung ermächtigt, daß Bulgarien durchaus bereit sei, den Vorschlag der Mächte anzunehmen, daß ein Vertreter des Kalifen in Adrianopel ernannt werde, der nach der Uebergabe der Stadt an die Verbündeten in Adrianopel residieren solle.

Geplanter Sturm auf Skutari.

Durazzo, 3. Februar.

Von der serbischen Armee wurden hier gestern 1300 Mann mit reichlichem Proviant eingeschifft. Man nimmt an, daß sie sich nach Alessio begeben, um sich mit den anderen Streitkräften zu vereinigen, gegen Skutari vorzurücken und gemeinsam mit den Montenegrinern zum Sturm gegen die Stadt vorzugehen.

Die ausgeschaltete Botschafterkonferenz.

London, 3. Februar.

Der König empfing heute den Staatssekretär Grey im Buckinghampalast in fast einstündiger Audienz, um sich aus erster Hand die neuesten Informationen über den Stand der Balkanangelegenheiten geben zu lassen.

Die Botschafter hatten 8½ Uhr nachmittags auf dem Auswärtigen Amt eine Zusammenkunft mit Staatssekretär Grey, die nur eine halbe Stunde dauerte. Der einzige Grund für die kurze Dauer der Zusammenkunft war der, **daß tatsächlich nichts zu erledigen war.** Die Botschafter kamen zu dem Entschluß, daß es zwecklos sei, vor Donnerstag wieder zusammenzukommen, wenn nicht ein besonderer Anlaß vorliege.

*

Der türkische Botschafter in Berlin, Osman Nizami Pascha, der als Friedensunterhändler in London weilte, wird Mittwoch in Berlin erwartet.

Belgrad, 3. Februar.

Die serbischen Delegierten zur Friedenskonferenz in London sind hierher zurückgekehrt.

Sofia, 3. Februar.

Die Agence Bulgare bezeichnet die Meldung ausländischer Blätter über eine angebliche Erkrankung König Ferdinands als vollständig unbegründet. Der König ist vollkommen gesund.

Der Balkanpatriotismus.

Dr. Danews Optimismus.

Paris, 3. Februar.

Dr. Danew erklärte einem Redakteur des „Temps": Wenn die Türkei nach der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unsere Friedensbedingungen nicht sofort annehmen sollte, dann werden wir territoriale und finanzielle Nachtragsforderungen stellen. Wir werden einen Zugang zum Marmarameer verlangen und die von uns geforderte Kriegsentschädigung erhöhen. Im übrigen wird es, welche Anerbieten die Türkei auch machen wird, **keinen Waffenstillstand mehr** geben. Wir haben bereits zwei Monate verloren; wir wollen das nicht von neuem anfangen. Wir werden unseren Armeen erst nach der Unterzeichnung des endgültigen Friedens Einhalt gebieten.

Ueber die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen sagte Dr. Danew: Wir haben den Rumänen das Anerbieten gemacht, daß wir unsere Grenzen nicht befestigen wollen, ohne ihnen das Recht zu bestreiten, ihre eigenen Grenzen zu befestigen. Wir haben ihnen sogar versprochen, die südlich von Silistria gelegenen, übrigens wenig bedeutenden Forts zu schleifen. Das ist ein entscheidender Beweis für unsere bona fides. Das ist eine teilweise Preisgebung unserer Souveränitätsrechte. Das bedeutet, daß wir dort eine militärische Inferiorität hinnehmen. Das zeigt unwiderleglich, daß wir keine bösen Absichten hegen. Wir haben Rumänien einen Gebietsvorteil angeboten durch die Abtretung zweier Dreiecke, die in das rumänische Gebiet hineinreichen, sowie durch die Abtretung eines Küstenstrichs südlich von dem rumänischen Hafen Mangalia. Schließlich haben wir alle Forderungen Rumäniens betreffs der Kutzowallachen in Mazedonien bewilligt und haben sogar zugegeben, daß deren Schulen und Kirchen in dem neuen bulgarischen Gebiet mit Unterstützung der rumänischen Regierung erhalten werden können. Wir hoffen, daß wir auf diese Weise einen neuen Patriotismus, einen Balkanpatrio-